

SPÖ/Bayr/WTO/Cancún

Bayr zur WTO: Interessen der Menschen müssen vor Interessen transnationaler Konzerne gestellt werden =

Utl.: EZA muss für faire Handelsbedingungen sorgen =

Wien(SK) Die WTO sei eine Organisation, die sehr wohl eine Ideologie vertrete, und zwar eine "neoliberale", sagte die SPÖ-Entwicklungssprecherin Petra Bayr am Dienstag in einer Podiumsdiskussion zum Thema "WTO Konferenz Cancún - Ergebnisse und Aussichten". Die WTO würde ihrer Ideologie zufolge marktorientierte Lösungen politischen und menschenrechtlichen überordnen - ein "Welthandelsregime unter der Schirmherrschaft der UNO" wäre laut Bayr etwa eine Möglichkeit, um dem entgegenzuwirken. Auch die Transparenz und Demokratie der WTO-Verhandlungen ließen zu Wünschen übrig, kritisierte Bayr. Wichtig sei auch, dass in Parlamenten und Ausschüssen weiterhin über das Thema diskutiert werde und die EZA Grundlagen für einen fairen Markt schaffe. ****

"Eine parlamentarische Anfrage ist in Vorbereitung", so Bayr. Weiters plane sie gemeinsam mit ihrem Parteikollegen Christoph Matznetter (SPÖ-Finanzsprecher) und Caspar Einem (SPÖ-Europasprecher) eine Veranstaltung zum Thema "Tobin Tax". Neben Bayr befanden sich Attac-Österreich-Obfrau Karin Küblböck, die Wirtschaftshistorikerin Karin Fischer, Gabriela Habermayer vom Wirtschaftsministerium und Eva Dessewffy von der AK Wien auf dem Podium.

"Nicht alles in der WTO passiert im Konsens" kritisierte Bayr die Aussage von Karin Küblböck. Die WTO vertrete in ihrer Ideologie die Interessen der transnationalen Konzerne, jedoch "Wirtschaftsliberalismus allein hilft niemanden", so Bayr. "In Cancún suchten die Industrieländer Reglementierungen, die auf ihrem Level waren und ihnen zugute kamen", sagte Bayr. Aufgrund der Ungleichheit zwischen den Ländern konnten die mächtigen Industrieländer auf die Länder des Südens Druck ausüben und ließen diese zu Bittstellern degradieren, monierte die Sozialdemokratin.

Es sei ein Provokation, ein "Affront in der Wertschätzung der Handelspartner", wenn Themen wie die vier "Singapur Issues" (Handel und Investition, Handel und Wettbewerb, Handelserleichterungen, Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen) aufgerollt werden, obwohl fast die Hälfte der WTO-Mitglieder sich explizit dagegen aussprach, untermauerte Bayr. Viel wichtiger wäre es gewesen, etwa über die umstrittene Subvention der Baumwolle und über den Abbau der Agrarexport-Subventionen in den Industrieländern zu sprechen, so die Entwicklungssprecherin weiter.

Bayr betrachte die Ergebnisse von Cancún einerseits für "gut, da die Entwicklungsländer nicht auseinander zu dividieren waren und sich nicht über den Tisch ziehen ließen", und andererseits für "weniger gut", da für die Länder des Südens auch keine Fortschritte zu verzeichnen gewesen wären.

Den Entwicklungsländern müsste die Möglichkeit zum Aufholen, geboten werden, doch dazu seien gewisse Startvorteile notwendig, unterstrich Bayr ihren Standpunkt. In den Fragen der Landreformen, der Bildungsangebote, der Infrastruktur und Bekämpfung der Korruption müssen die Entwicklungsländer freilich in den Ländern selbst kämpfen, bemerkte Bayr. Aber damit die Entwicklungsländer ihren Anteil am Welthandel erhöhen können, sei ein fairer Markt die Grundlage - und genau dafür müsse auch die österreichische EZA eintreten. "Der faire Handel ist jedoch in der jetzigen Struktur der WTO nicht vorhanden", bemängelte Bayr. Die Entwicklungsländer verlören aufgrund der unfairen Handelsbedingungen täglich 1,9 Milliarden US-Dollar, kritisierte Bayr. Dass Wirtschaftsminister Bartenstein nach dem

Scheitern in Cancún wieder nach "bilateralen Verträgen" ruft und "Österreich die Muskeln spielen lässt", sei es bisschen "schrullig", unterstrich Bayr, doch "bringen wird es nicht viel".

Bayr bemängelte auch die fehlende Transparenz und Demokratie der WTO-Verhandlungen. Es wäre notwendig gewesen zu erfahren, was da "im Detail" behandelt wurde, so Bayr. Es würde nicht gehen, dass die einzelnen Parlamente nur mehr die Entschlüsse abzuseggen hätten, kritisierte sie. In Parlamenten und Ausschüssen müssten Diskussionen stattfinden und ein EU-Unterausschuss, wie es ihn im Sommer zum Thema GATS gegeben hatte, sollte bald wieder stattfinden, plädierte Bayr.

Der "diametral verschiedene Zugang zu Wirtschaftsvorteilen und zur Gerechtigkeit" von SPÖ-Entwicklungssprecherin Bayr und ÖVP-Minister Bartenstein werde wohl in einer entnommenen Presseaussendung Bartensteins nach dem Scheitern von Cancún demonstriert. Dort ließ er nämlich verlauten, dass "der Tisch so reich wie noch nie gedeckt gewesen wäre und die Entwicklungsländer ihn einfach verlassen hätten", zitierte Bayr abschließend, ohne Bartenstein "Zynismus" unterstellen zu wollen. (Schluss) gg

~

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ
Tel.: (+43-1) 53427-275
<http://www.spoe.at>

~

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

~

OTS0039 2003-10-01/09:49

~

010949 Okt 03